

Appenzeller Bildungspolitik im Wandel : Gespräch mit den Appenzeller Landammännern Alfred Stricker und Roland Inauen

Autor(en): **Stricker, Alfred / Inauen, Roland**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Appenzellische Jahrbücher**

Band (Jahr): **146 (2019)**

PDF erstellt am: **16.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-869210>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Appenzeller Bildungspolitik im Wandel

Gespräch mit den Appenzeller Landammännern Alfred Stricker und Roland Inauen

Es ist ein Zufall: Der Landammann von Appenzell Ausserrhoden, Alfred Stricker, und der regierende Landammann von Appenzell Innerrhoden, Roland Inauen, stehen beide den Departementen vor, die für Kultur und Bildung zuständig sind. Das Gespräch fand im Kloster Wonnenstein, einer Innerrhoder Exklave in der Gemeinde Teufen, statt. Die Klostermauer bildet die Kantonsgrenze. Das zum Kloster gehörende landwirtschaftliche Grundstück liegt auf Ausserrhoder Kantonsgebiet. Während Jahrhunderten waren Klöster bedeutsam für die Ausbildung der abendländischen Kultur und Zentren der Bildung – ein passender Ort für ein Gespräch über ebendieses Thema und die damit verbundenen Herausforderungen der Gegenwart und Perspektiven der Zukunft.

Sie beide tragen die politische Verantwortung für den Bildungsbereich, von der Volksschule über die Berufslehre bis zur universitären Bildung. Was ist das eigentlich – Bildung?

Alfred Stricker: Der Mensch benötigt nicht nur Kohlenhydrate, Proteine und Vitamine. Zur Nahrung gehört auch die Bildung. Es geht um Kopf, Herz und Hand, um das Intellektuelle, das Emotionale und das Materielle.

Hat es in der Schule überhaupt noch Platz für diese ganzheitliche Idealform der Bildung?

Roland Inauen: Sie sollte wieder vermehrt Platz haben – gerade auch mit dem neuen Lehrplan 21. Bei diesem steht nicht das «Abfüllen von Wissen», das Auswendiglernen, im Vordergrund, sondern der Erwerb von Kompetenzen, Kulturtechniken. Der junge Mensch soll lernen, kritisch zu denken, sich selber Wissen anzueignen. Er muss lernen, wo er sich dieses beschaffen kann – auch in einigen Jahrzehnten, wenn vielleicht ein ganz anderes Wissen als heute nötig sein wird. Wir drei gingen zur Schule, als die Landungen auf dem Mond stattfanden. Damals hörte man vielleicht das erste

Mal von einem riesigen Computer, der nötig sei, um den Flug zu berechnen. Wir hatten noch keine Ahnung, was ein Computer ist. Heute tragen wir einen in der Hosentasche – mit einer Rechenkapazität, die man sich damals gar nicht vorstellen konnte.

Manche fühlen sich heute durch die Digitalisierung und den schnellen Wandel überfordert und überfahren. Wie kann Bildung uns da helfen?

RI: Sie könnte oder sollte vielleicht etwas Gelassenheit vermitteln. Wichtig sind und bleiben auch in Zukunft die grundlegenden Kulturtechniken, die jeder und jede erlernen muss: Schreiben, Lesen, Rechnen ...

AS: Das Gesetz definiert als Ziel aller Bildungsanstrengungen «die Entwicklung zu selbstverantwortlichen Persönlichkeiten zu fördern». Erreichbar ist dies nur, wenn neben der intellektuellen auch die emotionale Seite gefördert wird. Deshalb zwei Stichworte, die für mich Einfluss auf die Weiterentwicklung der Bildungsstrategie haben sollten: «Digitalisierung» und «Waldkindergarten». Mit der Digitalisierung erleben wir eine unglaubliche Entwicklung. Dafür müssen wir den jungen Leuten einerseits die nötigen Anwendungskompetenzen und ein ausreichendes Hintergrundwissen mitgeben. Andererseits aber müssen wir dafür sorgen, dass sie nicht den Boden unter den Füßen verlieren. Hierfür steht das Stichwort «Waldkindergarten». Dieser findet bekanntlich immer draussen statt. Dies stärkt die Bodenhaftung mit allen Sinnen bei jedem Wetter.

Alfred Stricker (*1960), Stein AR, Landwirt mit Meisterdiplom, 1996–2007 Gemeinderat in Stein, 2007–2015 Kantonsrat, seit 2015 Regierungsrat, 2019 als Landammann gewählt.

Roland Inauen (*1955), Appenzell Steinegg, Studium der Volkskunde in Basel, Leiter des Museums Appenzell, seit 2013 Landammann und Erziehungsdirektor, zuvor Leiter des kantonalen Kulturamts und Kantonsgerichtspräsident.



Ist ein Problem der Schule nicht, dass allzu viele Leute mit unterschiedlichen Zielen und Interessen mitreden, die alle genau wissen, was die ideale Schule leisten sollte?

RI: Jeder und jede ist einmal zur Schule gegangen, kann und darf deshalb mitreden. Schulthemen sind aber politisch hochbrisant, wie die heftigen Diskussionen um den neuen Lehrplan 21 in vielen Kantonen gezeigt haben. In Ausserrhoden warf er überraschenderweise keine grossen Wellen, bei uns in Innerrhoden musste die Landsgemeinde darüber befinden. Jetzt hat sich die Lage beruhigt. Der Lehrplan wird umgesetzt. Eine gute Sache.

AS: Wir waren unter den ersten Kantonen, welche diesen neuen Lehrplan einführten. Das war mit Risiken behaftet. Die Diskussionen mit allen Betroffenen wurden intensiv geführt, viele Lehrpersonen haben sich engagiert, führten Gespräche mit Eltern. Es wurde schon im Vorfeld regelmässig informiert, und auch jetzt, im Nachgang, gehen die Gespräche weiter. «Ethik, Religionen, Gemeinschaft» ist ein Bereich, zu dem jetzt Kurse laufen, «Medien und Informatik» ist ein Gefäss, für das wir viel in die Ausbildung der Lehrpersonen investiert haben. So konnten Ängste abgebaut werden.

Ein Lehrer schilderte mir, dass er schon lange vor dem Lehrplan 21 ungefähr so unterrichtet habe, wie es heute nun gefordert wird.

RI: Das haben viele gute Lehrerinnen und Lehrer schon gemacht, als wir noch zur Schule gingen.

AS: Ein Schlagwort, das viele Emotionen hervorrief, war der angeblich fundamentale Wechsel vom bisherigen Lernen zur Kompetenzorientierung. Erfahrene Lehrpersonen sagten mir allerdings, dass dies gar kein so grosser Wandel sei und man politisch allzu viel Aufhebens darum mache.

Hat man also schon vor dem Lehrplan 21 versucht, Kompetenzen zu fördern statt durch blossen Drill Lerninhalte zu vermitteln.

RI: An guten Schulen sicher – aber wohl nicht überall. Und wir machen uns natürlich keine

Illusionen. Auch der Lehrplan 21 wird nicht überall optimal umgesetzt. Es ist wie überall, wo Menschen am Werk sind.

Roland Inauen, Ihr Departement in Appenzell Innerrhoden heisst immer noch «Erziehungsdepartement». Passt das noch in die Zeit?

RI: Ich könnte mir durchaus vorstellen, dass bei einer kommenden Änderung der Verordnung über die Departemente auch diese Bezeichnung geändert wird, beispielsweise in Bildungs- und Kulturdepartement – wie in Ausserrhoden. Kultur ist übrigens ein wesentlicher Bildungsbestandteil.

Erziehung, heisst es oft, sei Aufgabe der Eltern, nicht der Schule.

RI: Das trägt! Der Erziehungsteil wird je länger, je mehr an die Schule delegiert. Sie wird heute immer verantwortlich gemacht, wenn etwas schief läuft. Wir müssen uns immer wieder für die Schule wehren, darauf hinweisen, dass sie einen klaren Auftrag hat, den wir von Zeit zu Zeit schärfen müssen. Dafür ist die Schulgesetzgebung da, die demnach immer wieder angepasst werden muss. Erziehung gehört ganz klar auch zu den Aufgaben der Schule – Bildung ist aber der umfassendere Begriff. Und es geht nicht nur um die Volksschule; der Bildungsauftrag beginnt schon vor dem Kindergarten und führt bis auf die tertiäre Stufe mit Fachhochschulen und Universitäten – und darüber hinaus. Schliesslich sind wir aufgefordert, uns lebenslang weiterzubilden.

Und Sie, Alfred Stricker, stehen in Appenzell Ausserrhoden dem Departement Bildung und Kultur vor.

AS: Ich zitiere gerne aus unserer Kantonsverfassung von 1995 den Artikel 36: «Erziehung und Bildung haben die Aufgabe, die Entwicklung zur selbstverantwortlichen Persönlichkeit, den Willen zur sozialen Gerechtigkeit und die Verantwortung für die Mitwelt zu fördern. Die Schule unterstützt die Eltern bei der Erziehung; sie vermittelt in Verbindung mit ihnen eine den Anlagen und Möglichkeiten der Kin-

der entsprechende Bildung.» Die Verfassung überträgt den Eltern mehr Verantwortung in der Erziehung, der Schule hingegen mehr bei der Bildung. Die Verfassung ist aber auch ein Bekenntnis zur Verbindung von beidem, von Erziehung und Bildung. Die Begriffe kommen hier stets als Paar vor. In der Verfassungskommission, die seit November 2018 an der Totalrevision der Auserrhoder Kantonsverfassung arbeitet, ist dieser Artikel soeben ein erstes Mal diskutiert worden. Er wurde dabei nicht grundsätzlich in Frage gestellt. Jene, die vor 30 Jahren die heute gültige Verfassung formulierten, taten dies mit Weitsicht. Als bildungsverantwortlicher Regierungsrat freut es mich, dass Bildung und Erziehung so prominent in der Verfassung verankert sind. Klar reden in der Bildung viele Leute mit. Das ist anspruchsvoll. Aber es zeigt auch, dass Bildung vielen Leuten wichtig ist. Das gibt uns auch die Legitimation, mit entsprechender Hartnäckigkeit die hohen Kosten des Bildungswesens zu begründen. Es ist eine Investition in die Zukunft.

Die Kosten sind tatsächlich hoch! Eine der Hauptausgaben unserer Gemeinwesen.

RI: Wir stehen den Departementen vor, welche die grössten Budgets benötigen – nebst der Gesundheit. Interessanterweise steht in der Innerrhoder Verfassung dazu fast nichts. Es wird einfach festgehalten, das Unterrichtswesen sei Sache des Staates und die Volksschule sei kostenlos. Aber weil in Innerrhoden die Landsgemeinde auch über Gesetze befindet, haben diese fast Verfassungsrang. Und im Innerrhoder Schulgesetz steht ungefähr das gleiche wie in der Auserrhoder Verfassung. Laut Artikel 2 unterstützen die Schulen die Inhaber der elterlichen Sorge in der Erziehung des Kindes zu einem selbständigen, lebensbejahenden und gemeinschaftsfähigen Menschen. Auch die Kompetenzorientierung ist in unserem Schulgesetz enthalten, das entstanden ist, bevor Kompetenzorientierung zum Thema wurde: Die Schulen «fördern die harmonische Entwicklung der körperlichen, seelischen und geistigen Kräfte des Schülers. Sie vermitteln die grundlegenden

Kenntnisse und Fertigkeiten, öffnen den Zugang zu den verschiedenen Bereichen der Kultur und leiten zu selbständigem Denken und Handeln an.» Und weiter: «Sie erziehen den Schüler nach den Grundsätzen von Demokratie, Freiheit und sozialer Gerechtigkeit» – heute würde man wohl auch den Umweltgedanken integrieren – «im Rahmen des Rechtsstaates zu einem verantwortungsbewussten und toleranten Menschen und Bürger.» Abschliessend wird festgehalten, dass Schulbehörden, Lehrkräfte und Inhaber der elterlichen Sorge im Interesse des Kindes zusammenarbeiten. – Im Zentrum steht immer der Schüler, die Schülerin.

Diese Texte sind eigentlich ein Statement gegen die schwarze Pädagogik von einst, gegen Einschüchterung und Übergriffe, die manche in der Schule erlebt haben. Die Qualität der Schule war immer abhängig von der Persönlichkeit des Lehrers oder der Lehrerin.

AS: Auf diese kommt es noch heute an! Es bestehen sehr viele Verbindungen zwischen der Persönlichkeit der Lehrpersonen und dem Lernerfolg. Das, was in der Auserrhoder Verfassung und im Innerrhoder Gesetzestext steht, ist wohl allgemein anerkannt. Wirklich erfolgreich aber kann Bildung nur sein, wenn wir die geeignetsten Lehrpersonen finden. Politisch ist dies eine der zentralen Aufgaben – heute und morgen. Auf allen Stufen.

Was sind eigentlich in Ihren Ämtern die grössten Herausforderungen?

AS: Dass wir bei gewissen Themen nicht so schnell vorankommen, wie ich das gerne hätte. Man kann auf Einflüsse der Gesellschaft nicht unmittelbar reagieren, sondern benötigt stets eine lange Planungsphase. Zum Beispiel der häufig diskutierte Fachkräftemangel: Unsere jungen Leute sollen zwar das Appenzellerland vorübergehend verlassen, vieles lernen, andere Kulturen kennenlernen – aber sie sollen wieder zurückkommen. Das ist unser Wunsch.

Es kommen aber relativ wenige zurück. Die beiden Appenzeller Kantone finanzieren in grossem Ausmass die universitäre Ausbildung. Aber die Absolventinnen und Absolventen der ausserkantonalen Universitäten kommen in der Regel nicht mehr zurück.

AS: Volkswirtschaftlich gesehen sollte sich die Investition in die Bildung eigentlich lohnen. Aber der Kreis schliesst sich bei uns Randkantonen zu wenig. Ein grösserer Teil der Absolventinnen und Absolventen auswärtiger Bildungseinrichtungen müsste hier die Arbeit aufnehmen können. Dafür nötig wären ausreichend vernetzte Arbeitsplätze in der Region, Wohnraum, schnelle Verkehrsverbindungen zum Arbeitsort. Das sind der Bildungspolitik übergeordnete Themen. Wir alle kennen die Sogwirkung des Grossraums Zürich. Die urbane Entwicklung der Gesellschaft hält viele qualifizierte Leute davon ab, hierher zu ziehen.

Irgendwann sollte sich die Digitalisierung bemerkbar machen. Eigentlich gibt es schon viele Arbeiten, die man zuhause verrichten könnte. Auch in der Streusiedlung gibt es schnelles Internet.

RI: Leider nicht überall. Oder vielleicht auch zum Glück – je nachdem, wie man Chancen und Risiken des neuen 5G-Netzes für Mobiltelefonie und schnelles Internet bewertet. Unsere Bauern, die ländliche Bevölkerung überhaupt, warten sehnlichst auf schnelleres Internet. Wir können nicht überall Glasfaserkabel verlegen. – Aber nochmals zurück zum berühmten Brain-Drain, zu den Wanderungsverlusten, wie wir das in der Erziehungsdirektoren-Konferenz bezeichnen. Zum Glück hat sich die Lage in den letzten Jahren massiv gebessert – obwohl die Zahlen immer noch schlecht aussehen. Denken Sie an die grossen Unternehmen in Appenzell Ausserrhoden, die zahlreiche Ingenieure beschäftigen, an neuere Technologieunternehmen oder Lebensmittelfirmen in Innerrhoden. Viele dieser Betriebe wachsen gegenwärtig rasant und haben beispielsweise einen grossen Bedarf an Ingenieurinnen und Ingenieuren. Das gab es hier früher nicht. Wer an der ETH

oder einer Uni etwas anderes studierte als Arzt oder Zahnarzt, hatte hier kaum Chancen auf eine Stelle.

AS: Nebst den harten Fakten wie schnelles Internet oder gute Verkehrsverbindungen zählen auch weiche Faktoren, das Emotionale, die Kultur, lebendige Traditionen. Messbar ist das nicht – aber gleichwohl wichtig. Zum Bildungsauftrag gehört auch, der Jugend Geborgenheit zu vermitteln. Erwiesen ist, dass man da am meisten lernt, wo man gerne hingeht. Dort mobilisiert man die eigenen Kräfte. Deshalb bin ich überzeugt, dass qualifizierte, motivierte und engagierte Lehrpersonen von entscheidender Wichtigkeit für unsere Zukunft sind.

Kommen wir auf die Fachhochschulen zu sprechen. Welchen Einfluss haben die beiden Appenzeller Kantone in diesem Feld?

AS: Einen beträchtlichen – und durchaus im Sinne einer Antwort auf den Brain-Drain: Wenn jemand während des Studiums gute Verbindungen ins Gewerbe, in die Industrie knüpft, sich ein soziales Netz schafft – beispielsweise im Rahmen einer Studie –, dann ist die Wahrscheinlichkeit höher, dass er oder sie später hier wohnt oder arbeitet. Das ist belegt – eine entscheidende Erkenntnis. Deshalb haben wir uns im Rahmen der Fachhochschule Ost beide stark engagiert – und konnten auch dazu beitragen, dass sich über Kantonsgrenzen hinweg ein Ostschweizer Verständnis entwickelte.

RI: Wer eine Ausbildung machen will an einer Hochschule, kann das nur ausserhalb unserer Kantone tun. Mit Blick auf die Schwierigkeiten, Studierende wieder zurückzuholen, ist die Beteiligung an der Fachhochschule Ost für uns von elementarer Bedeutung. Deshalb wurden wir Mitträger. So können wir mitgestalten. Die Fachhochschule ist mit unseren Kantonen verbunden, die Forschung findet auch bei uns statt. So entsteht ein Beziehungsnetz zwischen Fachhochschule, Industrie und Dienstleistungssektor.

Das Thema hat Sie lange beschäftigt?

RI: Es war ein unglaublich langwieriger Prozess, der rund 20 Jahre dauerte. Die Fachhochschulen im Kanton St. Gallen mussten neu organisiert werden, sonst wären sie vom Bund nicht mehr akkreditiert worden. Wir waren von Beginn weg Mitträger der Fachhochschule St. Gallen und wollten daran nichts ändern. Die Strategie des Kantons St. Gallen ging aber in eine andere Richtung, als wir es gewollt hätten. Es kam zu einem langwierigen Ringen. Zusammen mit den Thurgauern, Glarnern, Schwyzern und Liechtensteinern – und unter dem Lead der St. Galler – fanden wir dann zu einem sehr guten Kompromiss. Und dieser heisst «Ost – Otschweizer Fachhochschule».

Hier funktioniert Otschweizer Zusammenarbeit also?

RI: Es ist für mich ein Musterbeispiel für diese Zusammenarbeit. Die Fachhochschule Ost hat uns in der Otschweiz gegenseitig wesentlich nähergebracht – nicht bloss im Bildungsreich.

AS: So sollten wir auch in anderen Bereichen zusammenarbeiten können.

Was hat Sie seit Amtsantritt sonst stark in Anspruch genommen?

AS: Beispielsweise das Stipendiengesetz, das wir total revidiert haben. Und jetzt sind wir dabei, das Volksschulgesetz zu reformieren, eines der komplexesten Gesetzesthemen, weil Gemeinden und Kanton davon betroffen sind. Diskutiert werden die Anstellungsbedingungen; im Raum steht eine Altersentlastung. In Ausserrhoden haben wir seit langem ein fortschrittliches Schulsystem mit integrierten Klassen.

Die Kleinklassen sind abgeschafft in Ausserrhoden.

AS: Für die Lernschwachen bestehen gute Unterstützungsmöglichkeiten. Mehr Sorgen bereiten uns heute Verhaltensauffällige. Persönlich bin ich überzeugt, dass wir die Talentierte besonders fördern und nicht nur defizitorientiert arbeiten sollten.

Ist die Integration ein Modernisierungsschritt, den man in Innerrhoden eventuell gar nicht machen möchte?

RI: Wir werden ihn in Teilen machen ... In Oberegg besteht bereits eine integrierte Oberstufe. Oberegg ist eine kleine Schule. Eine Zusammenführung von Real und Sek, wie sie bei uns noch heissen, drängte sich auf. Es geht gar nicht anders. Das funktioniert auch sehr gut. Ich behaupte nicht, dass unser System besser sei als das andere. Aber wir sehen im Moment, dass wir mit dem separativen Modell und somit auch mit der Kleinklasse sehr gut fahren. Sie ist ein Segen für Kinder, die irgendwo ein Defizit haben und spezifisch «abgeholt» werden müssen. Die Erfolge zeigen sich vor allem in der Oberstufe, wenn für die Kleinklässler ein Anschluss an die Berufswelt gefunden werden muss, der in den meisten Fällen gelingt. Das heisst nicht, dass dies in Ausserrhoden mit dem integrierten Modell nicht auch gelingt. Ich sehe im Moment aber bei uns keinen Handlungsbedarf. Natürlich haben die Eltern keine Freude, wenn es heisst, das Kind müsse in eine Kleinklasse. Auch für das Kind ist das wohl zunächst schwierig. Es kann dadurch eine gewisse Stigmatisierung entstehen. Diese ist aber das kleinere Übel, wenn sich am Schluss der Erfolg einstellt und das Kind eine erfüllte Schulzeit haben kann.

Die Berufsausbildung, die klassische Lehre, hat im Appenzellerland einen hohen Stellenwert.

Wird sie diesen auch in Zukunft behalten?

RI: Der Berufsausbildung müssen wir höchste Aufmerksamkeit widmen. Da bilden wir unsere künftigen Fachkräfte aus, die wir so dringend benötigen. Im hierzulande traditionell starken Baugewerbe können zurzeit längst nicht alle Lehrstellen besetzt werden. Das ist eine grosse Sorge. Wir versuchen, die Lehre möglichst attraktiv zu gestalten. Das durchlässige Berufsbildungssystem, das Lehrabsolventinnen und Absolventen den Besuch der Berufsmittelschule und der Fachhochschule ermöglicht, ist einzigartig und wird weltweit gelobt. Daran mangelt es also nicht. Die Lehre ist teilweise so attraktiv,

dass manche ausgezeichneten Sekundarschülerinnen und Sekundarschüler partout nicht ans Gymnasium wollen, sondern lieber zunächst eine Berufslehre machen. Für uns ist das ein Zielkonflikt. Unsere Kantonsschulen leiden bereits unter der demographischen Entwicklung, und wir hätten eigentlich auch da gerne mehr Schülerinnen und Schüler. An der Durchlässigkeit des Schulsystems wollen wir aber sicher nichts ändern. Es ist fantastisch, wenn man nach Lehre und Berufsmittelschule eine Fachhochschule besuchen – und dann auch noch an die ETH wechseln kann, wenn man will. Übrigens haben wir auch im Bereich der Berufsmittelschule ein gemeinsames Projekt.

AS: Berufsmatura 2, das ist ein Berufsmittelschulabschluss nach der Berufslehre. Eine berufsbegleitende Ausbildung von einem bis anderthalb Jahren Dauer. Im Moment ist eine Arbeitsgruppe mit Mitgliedern aus beiden Kantonen daran, einen Lehrgang mit modularem Charakter aufzubauen.

RI: Während der Berufslehre liegt es in technischen Berufen, beispielsweise in Bauberufen, oft gar nicht drin, dass Lernende auch noch die Berufsmittelschule besuchen – sie wären dann zu oft nicht im Lehrbetrieb.

AS: Sie hätten Mühe, eine Lehrstelle zu finden, weil sie zweieinhalb Tage abwesend wären.

RI: Bis heute existiert im Appenzellerland kein Angebot für eine Berufsmittelschule nach der Lehre – das versuchen wir nun aufzubauen.

AS: Was den Fachkräftemangel betrifft: Die Berufsprofile verändern sich immer schneller. Heute bleibt kaum jemand mehr 30 Jahre im gleichen Beruf. Wir wissen nicht genau, wie viele wohin wechseln. Aber wir wissen, dass wir dem Fachkräftemangel begegnen können, wenn wir dank guter Lehrbetriebe gute Leute ins Berufsleben entsenden können. Deshalb liegt uns der Austausch mit den Lehrbetrieben am Herzen. Die Möglichkeiten des Staates sind trotzdem begrenzt. Es ist wichtig, dass die Branchen selbst sich mit Leidenschaft der Ausbildung ihres Nachwuchses widmen.

Der Fachkräftemangel zwingt die Betriebe dazu, kreativ zu werden bei der Suche nach Lehrlingen und Personal.

AS: Das ist so! Gute Lehrbetriebe erfahren sogar eine gewisse Zuwanderung aus den umliegenden Kantonen. Die traditionellen appenzellischen Branchen haben da einen grossen Zulauf. Aber im Bereich der Bauberufe oder im Lebensmittel- und Gastrobereich haben wir einen echten Mangel. Das hat mit Arbeitsbedingungen, Arbeitszeiten, Löhnen zu tun. Im Dialog versuchen wir zu sensibilisieren und zu unterstützen. Mehr kann der Staat nicht tun.

RI: In der Not sucht man neue Wege. Ich war soeben an einer Abschlussfeier von Zimmermannslehrlingen. Da ist auch ein junger Eritreer mit einer zweijährigen Attestlehre ausgezeichnet worden. Zwar hatte er sprachlich einige Mühe, da er noch nicht lange in der Schweiz ist. Aber mit vereinten Kräften wurde er durch die Lehre getragen. Der Lehrmeister hat sich für ihn eingesetzt. Er erhielt am Wochenende Förderunterricht. Bei einem Mangel an Lehrstellen hätte ein Flüchtling mit geringen Sprachkenntnissen kaum eine Chance auf einen Lehrabschluss gehabt. – Und was wir auch versuchen: Frauen zum Wiedereinstieg in ihren Beruf nach der Familienphase zu motivieren. Dazu sind beispielsweise Blockzeiten an den Schulen nötig. Da besteht bei uns noch Nachholbedarf. Nötig sind auch Angebote im Bereich der ausserfamiliären Betreuung von Schülerinnen und Schülern, z. B. Mittagstische.

Der gesellschaftliche Wandel findet statt.

RI: Ob wir wollen oder nicht. Wir hinken immer etwas hinterher.

Wie steht es im Appenzellerland um die Weiterbildung? Man liest immer wieder, dass lebenslanges Lernen heute unabdingbar sei.

AS: Wir haben einen Artikel im Mittelschulgesetz, der besagt, dass der Kanton sich an Weiterbildungsmaßnahmen beteiligen kann. Der Bereich Weiterbildung gehört nicht zu den Kernaufgaben des Staates. Lebenslanges Lernen ist zwingend – liegt aber in der Eigenver-

antwortung des Einzelnen. Punktuell werden private Initiativen unterstützt.

RI: In Innerrhoden besteht Handlungsbedarf. Bei uns gibt es einen Gesetzesartikel, laut dem man ab dem 40. Altersjahr die Kosten einer Ausbildung auf der Tertiärstufe selber tragen muss. Das kann sehr schnell sehr teuer werden. Man wollte einst verhindern, dass «ewige Studenten» Ausbildungsplätze belegen. Diesen Artikel gilt es zu ändern. Darüber befinden wird die Landsgemeinde.

Der «ewige Student» war lange ein Negativbild.

RI: Da fand ein Paradigmenwechsel statt. Den «ewigen Studenten» von früher gibt es seit Einführung des Bologna-Systems ohnehin kaum mehr. Heute gibt es eher das Problem, dass Studierende den einfachsten Weg suchen, um auf die geforderte Anzahl ECTS-Punkte zu kommen. – Vielleicht noch ein Punkt, den wir vergessen haben. Es gibt in der Schule nicht nur das Problem der weniger guten Schülerinnen und Schüler, die speziell gefördert werden müssen. Es gibt auch Hochbegabte und Leistungsbereite, für die wir etwas tun müssen. In einem speziellen Bereich – dem Sport – hat Ausserrhoden eine hervorragende Einrichtung, die Sportlerschule Appenzellerland. Wir haben uns in Innerrhoden zuerst etwas schwer getan damit, weil die Schule von Swiss Olympics nicht zertifiziert ist. Inzwischen besuchen aber mehrere unserer sportlich hochbegabten Kinder und Jugendlichen die Sportlerschule in Teufen. Ziel ist es, dass auch bei uns eine Partnerschule der Sportlerschule Appenzellerland entsteht. Im Gymnasium haben wir momentan ein Förderprogramm für Hochbegabte und Leistungsbereite, das ich als sehr wichtig erachte. Nichts ist schlimmer, als wenn jemand vorwärtsgehen will, aber konstant gebremst wird. Begabte muss man entsprechend fördern können – allenfalls indem man ihnen z. B. schwierigere Aufgaben zu lösen gibt oder den früheren Zugang zu einem Ergänzungsfach ermöglicht.

Das müsste in einem integrativen Schulmodell oder auch im traditionellen Schulsystem möglich sein.

RI: Sicher, aber auch dafür benötigt man Ressourcen. Die Lehrperson muss Zeit haben, geeignete Möglichkeiten zu finden. Das kann beispielsweise eine Berufsolympiade sein, für die trainiert wird. In unseren kleinen Schulen haben wir da eine grosse Chance. Es ist ganz wesentlich, dass nicht nur jene mit Defiziten gefördert werden, sondern auch die Hochbegabten.

AS: Die Sportlerschule konnten wir mit vereinten Kräften auf eine stabile, finanziell sichere Basis stellen – in Kooperation von Privaten, Gemeinden und Kanton. Wir haben das Glück, dass Stiftungen existieren, die durchaus bereit sind, Geld in Talentförderprogramme zu investieren. Das geschieht an der Kantonsschule beispielsweise im Musikbereich.

RI: Und im Sonderschulbereich ist für uns die Appenzellische Gemeinnützige Gesellschaft eine wichtige Partnerin.

Letzte Frage: Wer oder was hat sie auf ihrem persönlichen Bildungsweg am positivsten beeinflusst?

AS: Ich habe bei jenen Lehrpersonen am meisten gelernt, an welche ich die besten Erinnerungen habe. Entscheidend war deren Beziehungsfähigkeit, sie konnten bei uns die Leidenschaft wecken. Sie konnten uns Kindern Vorbild sein, vielleicht mit einer gewissen Strenge und Konsequenz, aber immer berechenbar. Sie zeigten, dass sie uns gernhatten. Ich hoffe, dass es auch in Zukunft gelingen wird, viele Lehrpersonen mit dieser Beziehungsfähigkeit zu rekrutieren.

RI: Das war bei mir ähnlich. Ich habe gute Erinnerungen vor allem an jene Lehrpersonen, von denen ich mich «erkannt» gefühlt habe, die sahen, wo ich eine Begabung hatte. Ich habe das auch bei Mitschülern erlebt. Der Lehrer lobte, dass sie etwas ganz besonders gut gemacht hätten, fragte, woher sie dieses Wissen hätten, steckte ihnen vielleicht sogar ein Buch aus seiner Privatbibliothek zu, das sie interessieren könnte. So etwas ist unglaublich motivierend. So fühlt man sich erkannt und ernst genommen.